

## **Paket zur Kostensenkung mit Verspätung**

### ***Gesundheitskommission des Ständerats nimmt sich Zeit bis im Winter***

nn. Bern, 3. September

Bisher konnte es in Bundesbern bei der Beratung der neuen Praxisgebühr von 30 Franken pro Arztbesuch und weiterer Sofortmassnahmen zur Dämpfung der Kostenexplosion im Gesundheitswesen nicht rasch genug vorwärtsgehen: In einem politischen Kraftakt paukte der abtretende Gesundheitsminister Pascal Couchepin sein Massnahmenpaket im Mai durch eine konferenzielle Vernehmlassung, Ende Mai verabschiedete der Bundesrat bereits die Botschaft ans Parlament. National- und Ständerat hätten die beantragten Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes nun eilends während der am Montag beginnenden Herbstsession beraten sollen.

#### **Beschleunigung nicht möglich**

Doch nun ist die ständerätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) auf die Bremse getreten: Gemäss einer Mitteilung vom Donnerstag hat die Kommission die Detailberatung des Kostensenkungspakets bis Mitte Oktober ausgesetzt, womit die kleine Kammer die dringlichen Massnahmen erst in der Wintersession diskutieren wird. Der Grund: Aus der nationalrätlichen Schwesterkommission geht die Vorlage mit 19 Minderheitsanträgen ins Plenum, weshalb die ständerätliche SGK von der Verwaltung zusätzliche Informationen wünscht, um das Geschäft mit der angemessenen Seriosität und in voller Kenntnis der tatsächlichen Beschlüsse des Nationalrats beraten zu können. Die parallele Beratung in beiden Kommissionen habe sich als «nicht praktikabel» erwiesen, schreibt die SGK.

#### **Ärgerlich für Couchepin**

Laut Kommissionssekretär Urs Hänsenberger ist die Verschiebung nicht als politischer Entscheid zu werten. So stelle die Kommission die Dringlichkeit der Massnahmen nicht in Frage, an der Inkraftsetzung per Januar 2010 werde festgehalten. Dies bedingt allerdings, dass die Bereinigung absehbarer Differenzen zwischen den beiden Räten ebenfalls in der Dezembersession erledigt werden kann. Neben der umstrittenen Praxisgebühr sind die obligatorische medizinische Telefonberatung durch die Krankenkassen, eine neu während zweier Jahre nicht mehr veränderbare Franchise sowie zusätzliche 200 Millionen Franken für die Prämienverbilligung Bestandteile des bis 2012 befristeten und von verschiedener Seite heftig kritisierten Massnahmenpakets.

Ärgerlich ist der ständerätliche Fahrplanwechsel für Bundesrat Couchepin, der sich in der Herbstsession gerne mit einem kleinen gesundheitspolitischen Erfolgserlebnis aus

der Bundespolitik verabschiedet hätte. Nicht ungelegen kommt die Verschiebung hingegen dem SGK-Präsidenten Urs Swaller, der sich für die CVP um Couchepins Nachfolge bewirbt. Denn gemäss Sessionsprogramm war die ständerätliche Debatte über die KVG-Sofortmassnahmen am 16. September traktandiert gewesen - gleich im Anschluss an die Bundesratswahl.

© **Neue Zürcher Zeitung**